

Gelsenkirchener Erklärung
der *NRW*SPD-Abgeordneten
des Landtages, des Bundestages, des Europäischen Parlaments
und des *NRW*SPD-Landesvorstandes
vom 13. April 2002

**Ein starkes Nordrhein-Westfalen
ist gut für die Menschen,
eine SPD-geführte Bundesregierung
ist gut für Nordrhein-Westfalen.**

Unser Land hat vom politischen Wechsel auf Bundesebene eindeutig profitiert. In wichtigen Bereichen erfahren wir in Nordrhein-Westfalen nach dem Reformstau unter der früheren konservativen Kohl-Regierung endlich wieder spürbare Unterstützung durch die sozialdemokratische Bundesregierung. Wir wollen, dass das auch in der Zukunft so bleibt, denn nur eine starke sozialdemokratische Bundesregierung ist ein verlässlicher Partner zur weiteren Gestaltung des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen. Die Beziehungen von Bund, Ländern und Kommunen müssen ständig darauf ausgerichtet sein, dass alle Staatsebenen auch finanziell in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die *NRW*SPD-Abgeordneten des Landtages, des Bundestages und des Europäischen Parlaments und der Landesvorstand der *NRW*SPD haben auf ihrer gemeinsamen Konferenz in Gelsenkirchen ihre politischen Ziele für ein starkes Nordrhein-Westfalen bekräftigt. An erster Stelle stehen für uns auf allen parlamentarischen Ebenen die Interessen unseres Landes und seiner Menschen. Gemeinsam werden wir:

**Selbstbewusst und engagiert
Bildungschancen verbessern und Talente fördern.**

Bildung ist der Schlüssel zu Wohlstand und Teilhabe. Ohne gleiche Bildungschancen für alle, kann es keine soziale Gerechtigkeit geben. Deshalb wollen wir für Nordrhein-Westfalen das beste Schulsystem. Die dazu notwendigen Reformen werden wir nicht von oben herab verordnen, sondern im breiten Dialog mit allen an Bildung und Bildungsentscheidungen Beteiligten erarbeiten.

Wir müssen dafür sorgen, dass alle Kinder gleiche Bildungschancen haben und dass gleichzeitig ihre individuellen Talente entdeckt und gefördert werden. Das gelingt aber nur, wenn wir selbstkritisch und engagiert auch in schwierigen finanziellen Situationen, die Neuorientierung unseres Bildungssystems einleiten. Deshalb muss die Diskussion über unser Bildungssystem offen geführt werden.

Als erste Konsequenz aus der PISA-Studie werden wir die vorschulische Bildung stärken und in den schrittweisen Ausbau der Ganztagsschulangebote investieren. Bildung ist das wichtigste Kapital für die Zukunft. Bund und Land werden die Weichen so stellen, dass alle wieder mehr Chancen auf eine umfassende Qualifikation und ein lebensbegleitendes Lernen bekommen.

Unser gemeinsames Ziel lautet: Wir werden bei uns in Nordrhein-Westfalen ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsgrundschulen errichten. Die Anstrengungen des Bundes, des Landes und der Kommunen müssen auf die Verbesserung der Bildungsangebote ausgerichtet werden.

Wir verwirklichen in Nordrhein-Westfalen die Selbstständige Schule. Unsere bundesweit einmalige Bildungsoffensive verankert Verantwortung und bündelt Ressourcen dort, wo die Entscheidungen über die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen fallen – an der Selbstständigen Schule.

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in unsere Zukunft. Wir brauchen eine gemeinsame nationale Kraftanstrengung, um unsere Schulen, unsere Lehrer und Schüler besser auf die Zukunft vorzubereiten. Was für uns in Nordrhein-Westfalen gilt, muss deshalb auch für die Bundesregierung gelten: An der Bildung wird nicht gespart. Deshalb begrüßen wir, dass die Bundesregierung ihre Politik der Umschichtung von Ressourcen zugunsten von Bildung und Forschung konsequent fortsetzt.

Selbstbewusst und engagiert Familien stark machen und Kindern Zukunft geben.

Soziale Gerechtigkeit braucht eine Politik, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und Familien Zukunftsperspektiven eröffnet und sichert. Diesen Weg hat die sozialdemokratische Bundesregierung seit 1998 konsequent eingeschlagen.

Steuerreform, höheres Kindergeld, Erziehungsgeld und Bafög, gemeinsame Elternzeit und der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit bestimmen die neue Politik für Familien. Dieser Kurs muss beibehalten und durch eine gerechtere Gestaltung des Ehegattensplitting weiterentwickelt und noch stärker auf die Unterstützung von Eltern mit ihren Kindern ausgerichtet werden. Leistungen für Familien dürfen nicht über Schulden finanziert werden. Auch deshalb halten wir am konsequenten Kurs der Haushaltskonsolidierung fest.

Trotz aller Fortschritte, Deutschland muss familien- und kinderfreundlicher werden. Die Familien sind Leistungsträger unserer Gesellschaft. Sie sind die erste Instanz für Bildung und Erziehung, ermöglichen Kindern Vertrauen, Selbstbewusstsein und soziale Bindungen, bieten ihnen Werte und Orientierung. Familien schaffen die Grundlage für eine erfolgreiche Bildung und Entwicklung unserer Kinder.

Die NRWSPD erwartet, dass die SPD-geführte Bundesregierung ihren Kurs einer gerechten Familienpolitik beibehält, der auf Chancengleichheit, gerechte Teilhabe und auf das Kindeswohl ausgerichtet ist. Die NRWSPD unterstützt den Bundeskanzler in dem Ziel, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Wir wollen, dass vor allem junge Menschen ihren ungebrochenen Wunsch, als Familie zu leben, selbstbestimmt verwirklichen können. Niemand soll wegen des Berufs auf

Kinder verzichten müssen. Niemand soll für Kinder dauerhaft auf Berufstätigkeit verzichten. Deshalb werden wir die Angebote der Kinderbetreuung vor allem im Ganztagsbereich weiter ausbauen. Der Bundeskanzler hat mehrfach betont, dass hierin auch ein prioritäres bundespolitisches Ziel liegt.

Ganztagsbetreuung, vorschulische Erziehung, Sprach- und Qualifizierungskurse sind zugleich unverzichtbare Instrumente einer erfolgreichen Integrationspolitik. Nordrhein-Westfalen ist ein traditionell durch Zuwanderung geprägtes Land. Wir kennen und begrüßen die Chancen der Zuwanderung. Aber genauso verschließen wir nicht die Augen vor den Herausforderungen und Problemen der Zuwanderung. Integration ist eine gesamtstaatliche und gesellschaftliche Aufgabe, die gemeinsam vom Bund, von den Ländern und den Kommunen zu finanzieren ist.

Selbstbewusst und engagiert auf neuen Wegen Arbeit schaffen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt das wichtigste politische Ziel im Land, im Bund und in Europa. Soziale Gerechtigkeit heißt, Menschen aus der Arbeitslosigkeit in Arbeit zu bringen. Soziale Gerechtigkeit heißt, Menschen eine Perspektive im ersten Arbeitsmarkt zu bieten. Wer neue Arbeit schaffen will, muss den Mut haben, neue Wege zu gehen. Wir werden deshalb den Weg fortsetzen, durch struktur-, regional- und industriepolitische Maßnahmen die Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovation zu verbessern.

Neue Arbeitsplätze schafft vor allem der Mittelstand. Wir wollen, dass die erfolgreiche Mittelstandspolitik fortgesetzt und weiterentwickelt wird. Wer neue Ideen zur Marktreife entwickelt, öffnet neue Betätigungs- und Beschäftigungsfelder. Eigeninitiative, Risikobereitschaft und Leistungsfähigkeit in Handel, Handwerk, Gewerbe und Freien Berufen brauchen faire Wettbewerbsbedingungen und politische Unterstützung. Eine auf Innovation und unternehmerischen Mut ausgerichtete Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik beseitigt strukturelle Nachteile und vertritt selbstbewusst deutsche Interessen in Europa.

Die NRWSPD und die SPD-geführte Bundesregierung setzen neben dem sich stark entwickelnden Dienstleistungssektor auch auf den wichtigsten Rohstoff unseres Landes, auf Forschung und neue Technologien. Dazu gehören die Informations- und Kommunikationsindustrie, die Bio- und Gentechnik ebenso wie Mikroelektronik und Mikrosystemtechnik, die Energie- und Umwelttechnik. Ebenso werden wir weiterhin unseren Beitrag leisten, die bewährten Industrien in NRW zu modernisieren, die auch künftig einen wichtigen Beitrag für Wertschöpfung und Arbeitsplätze leisten werden.

Ein weiteres Beispiel für zukunftsorientierte Kooperation zwischen Land und Bund ist die Hilfe der Bundesregierung bei der Verwirklichung des modernsten Verkehrsprojektes der Welt, des Metrorapid, der Tausende Arbeitsplätze sichert und neue Arbeit schafft. Dasselbe Engagement des Bundes erwarten wir bei der Anwerbung zukunftsorientierter europäischer Forschungsprojekte. Dazu gehört die Spallationsneutronenquelle für das Forschungszentrum Jülich.

Die Abgeordneten aus Land, Bund und Europa ziehen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik an einem Strang. Wir unterstützen die Reform der Bundesanstalt für Arbeit. Die arbeitsmarktpoli-

tischen Instrumente müssen im Interesse der Arbeitssuchenden weiterentwickelt werden, das Job-AQTIV-Gesetz war hierfür ein wichtiger Schritt. Politik muss alle Möglichkeiten nutzen, um unsere bestehenden Instrumente und Einrichtungen effizienter zu gestalten. Neben früh einsetzenden individuellen Beratungs-, Qualifizierungs- und passgenauen Vermittlungsangeboten muss es gezielte Anreize für die Aufnahme von Arbeit geben. Unsere staatlichen Maßnahmen für neue Erwerbsperspektiven sind deshalb vor allem auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet. Unsere Partner sind die Arbeitsverwaltung, die Gewerkschaften, die Unternehmen und diejenigen, die neue Arbeit suchen. Unser Prinzip heißt: Fördern und fordern. Wir werden dafür sorgen, dass sich die Aufnahme von Arbeit lohnt, dass gute Jobs statt schwarzer Arbeit geschaffen werden.

Neue Wege sind für uns in Nordrhein-Westfalen das Zusammenführen von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ebenso wie die konsequente Bekämpfung der Schwarzarbeit. Politik muss die Anstöße dazu initiieren, bestehende Hemmnisse aus dem Weg räumen und Rahmenbedingungen so gestalten, dass Weiterentwicklungen möglich sind. Wir setzen dabei auch in Zukunft auf den Rat der Gewerkschaften.

Selbstbewusst und engagiert das neue Europa mitgestalten.

Wir sorgen dafür, dass Nordrhein-Westfalen eine wirtschaftlich und kulturell starke Region in Europa bleibt. Deshalb reden wir mit beim Ausbau der Europäischen Union und bei der Gestaltung des neuen Europa. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, wovon wir reden. Als eines der größten Exportländer sind wir politisch und wirtschaftlich eng mit unseren europäischen Nachbarn verbunden. Deswegen werden wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die nachbarschaftlichen Begegnungen, die Arbeit der Euregios und die politische und kulturelle Kooperation mit unseren Nachbarn weiter stärken.

Fast alle Bereiche der Landespolitik sind durch Entscheidungen auf europäischer Ebene betroffen. Wir wollen, dass die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen Nordrhein-Westfalens im Blickfeld der Entscheidungen bleiben. Deshalb konzentrieren wir uns bei der Gestaltung Europas nicht nur auf die vorhandenen, eher formellen Einflüsse der Länder über den Bundesrat, sondern nutzen unsere Einflussmöglichkeiten auch über unsere Bundes- und Europaparlamentarier.

Wir unterstützen nachdrücklich das Ziel, Europa in diesem Jahrzehnt zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Dabei ist es für den Standort und das Exportland Nordrhein-Westfalen wichtig, seine Interessen in der Europäischen Union effektiv wahrzunehmen, frühzeitig eigene konzeptionelle Vorstellungen zu entwickeln und in die europäische Debatte einzubringen. Das gilt vor allem für die vielfältige europäische Gesetzgebung. So muss beispielsweise Nordrhein-Westfalen als Europas größter Medienstandort mit für einen Konsens sorgen, dass wirtschaftliche Macht nicht in marktbeherrschende Medienmacht und erst recht nicht in politische Macht umschlagen darf. Wir brauchen europäisches Handeln zur Sicherung von Meinungsvielfalt und Pluralismus und fordern daher den Konvent auf, die Staatsferne als europaweit geltendes Prinzip festzuschreiben.

Wir treten darüber hinaus dafür ein, dass auf europäischer Ebene die Belange der kommunalen Daseinsvorsorge, die Zukunft eines lebens- und leistungsfähigen Steinkohlebergbaus sowie die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in ihren gewachsenen Strukturen unterschiedlich ausgeprägten europäischen Regionen Berücksichtigung finden. Jedes damit verbundene Handeln muss durch das Europäische Parlament demokratisch legitimiert und begleitet werden. Regionale Entscheidungskompetenz und Identität der Regionen Europas müssen gestärkt werden. Vielfalt ist die Stärke Europas.